

SSW Landesparteitag 2015

Uli Stellfeld-Petersen zu TOP 9 –
Eckpunktepapier

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
Mail: info@ssw.de
Internet: www.ssw.de

Kommunalreform in Schleswig-Holstein Starke und größere Kommunen braucht das Land

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 26.09.2015

Kære venner,
Liebe Freunde,

Es ist beileibe nicht das erste Mal, dass wir uns als SSW mit dem Thema "Kommunalreform" beschäftigen. Das liegt daran, dass wir als einzige Partei den Mut und den politischen Anspruch haben, die Probleme der vielen kleinen Kommunen in Schleswig-Holstein anzusprechen. Bereits 2004, und dann immer wieder auf diversen Parteitag, zuletzt vor der Landtagswahl 2012, haben wir uns klar für kommunale Zusammenlegungen und für größere Kommunen ausgesprochen.

Die Forderungen des SSW wurde bei den Koalitionsverhandlungen leider nicht umgesetzt. Deshalb wollen wir nach der nächsten Landtagswahl einen neuen Anlauf machen. Der SSW-Hauptausschuss hat sich zuletzt durchaus kontrovers mit diesem Thema im Mai auseinander gesetzt. Wir haben jetzt als kommunale Arbeitsgruppe des SSW einen ganz konkreten Vorschlag für eine kommende Kommunalreform gemacht, der euch als Eckpunktepapier heute zur Entscheidung vorliegt.

Die Forderung nach Zusammenlegung von Kommunen machen wir nicht zum Spaß oder weil wir die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker – auch viele von euch Delegierten, die ja in den Kommunen eine gute Arbeit machen- ärgern wollen. Nein, wir sind ernsthaft besorgt über die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten der vielen

kleinen Kommunen. Die Entwicklung scheint nur in eine Richtung zu gehen. Die Dörfer drohen zu veröden und damit brechen die Grundpfeiler der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum weg. Eine geringe Bevölkerungsdichte, sich auflösende Siedlungsstrukturen, große Entfernungen zwischen Wohnen und Arbeiten und ein eingeschränktes ÖPNV-Angebot prägen viele ländliche Regionen in Schleswig-Holstein. Der demografische Wandel wird die negativen Folgen dieser Struktur weiter verstärken und große Veränderungen in fast allen Lebensbereichen mitbringen. Auch der Ansturm von Menschen aus Krisengebieten überfordert gerade kleine Kommunen.

Die Strategie- und Handlungsfähigkeit der ländlichen Kommunen stößt an ihre Grenzen. Die schleswig-holsteinische Kommunalstruktur ist in Bezug auf Größe, Zuständigkeiten und demokratischer Legitimation völlig unbefriedigend. Die kleinen Dörfer haben zu kleine Haushalte, kaum Ressourcen um Initiativen zu ergreifen und können oftmals nicht entscheiden, was vor Ort passiert. Das machen andere. Die Kommunalpolitiker haben trotz ihres großen Engagements kein wirksames Instrument zur Hand um ihre Kommunen fit für die Zukunft zu machen.

Auch wenn es so manchen weh tut muss es einfach immer wieder gesagt werden: Die heute kommunale Situation in Schleswig-Holstein mit immer noch knapp 1.100 Kommunen ist trotz der letzten Verwaltungsreform nicht zukunftsfähig und ein Relikt vergangener Jahrhunderte. Diese Strukturen gibt es nur noch in Schleswig-Holstein. Nicht in anderen Bundesländer. In Dänemark schon gar nicht.

Die kleinteilige Struktur muss geändert werden. Ziel ist, eine Kommunalreform in Schleswig-Holstein nach der nächsten Landtagswahl in Gang zu bringen. Natürlich muss diese Reform erst einmal auf freiwilliger Basis vorgebracht werden. Es gibt ja im Lande bereits eine Reihe guter Beispiele, wo Kommunen sich freiwillig mit Erfolg zusammengelegt haben. Ich möchte an dieser Stelle zum Beispiel die Gemeinde Handewitt erwähnen, die vor einigen Jahren mit Jarplund-Weding zusammengelegt wurde. Die Gemeinde blüht. Sie hat mehr Einwohner, hat im Sozial- und Kitabereich enorm zugelegt und jetzt sogar einen gymnasialen Überbau bei den Gemeinschaftschulen bekommen. Die Jaruplunder, die Wedinger oder die

Ellunder haben trotz der Fusion ihre eigenen Identität behalten und fühlen sich in der Großgemeinde Handewitt wohl.

Das ist ein gutes Beispiel was man auf freiwilliger Basis erreichen kann. Aber wir haben ja in den letzten 30 Jahren ja gesehen, dass auf lange Sicht die Freiwilligkeit an ihre Grenzen stößt. Deswegen sagen wir auch, dass sich nach einer Phase der Freiwilligkeit eine Phase der gesetzlich festgeschriebenen Gemeindezusammenschlüsse kommen muss. Ansonsten werden wir nicht wirklich weiter kommen. Das zeigen mit den hier genannten Ausnahmen alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte.

Wichtig ist, dass man bei einer Kommunalreform auch beachtet, dass die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein unterschiedlich ist. Den ländlichen Raum gibt es so nicht. Die kleinen Dörfer an der Westküste stehen vor anderen Herausforderungen als Kommunen im Umfeld der großen Städten wie im Speckgürtel vor Hamburg. Darum brauchen wir auch keine Lösung für alle, sondern eine abgestimmte Struktur, mittels derer die jeweiligen Siedlungsstrukturen und Herausforderungen gemeistert werden sollen. Wir fordern daher u.a., dass es in Zukunft rund um die Großstädte und größeren Städte verbindliche interkommunale Kooperationen geben muss. Zum Beispiel sollten Stadt-Umland-Planungsverbände eingerichtet werden, die sich mit gemeinsamen Angelegenheiten befassen sollen.

Manch einer favorisiert ja eine Kreisreform für das Land.

Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Wir brauchen keine Kreisreform. Wir brauchen eine Reform die von Unten anfängt – nämlich bei den Kommunen. Bei den Kreisverwaltungen haben wir eben genau nicht diese undemokratischen Strukturen und undurchsichtigen Entscheidungswege. Des weiteren brauchen wir die Kreisstrukturen um übergeordnete Fragen wie Flüchtlinge, Soziales, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsförderung u.v.a.m. zu behandeln.

Manch anderer geht davon aus, dass eine Gemeindereform eine Menge Geld sparen würde.

Bei einer Gemeindereform werden wir keine ernsthaften Beträge einsparen können. Sinn und Ziel ist es, die Gelder, die bisher in der Verwaltungsebene der Ämter verbraucht werden, wieder den Gemeinden zuzuführen.

Die Kommunalreform soll selbständige und selbstverantwortlich arbeitende Gemeinden bringen. Die politische Gemeinde und die Verwaltungseinheit sind identisch. Amtsausschüsse und Zweckverbände, die ebenfalls Geld verbrauchen, werden nicht mehr benötigt und wir bekommen klare und transparente demokratische Strukturen in den Kommunen.

Eine Kommunalreform bringt also mehr Demokratie vor Ort und führt auch zu einheitlichen Verwaltungsstrukturen mit professionellem Personal und hauptamtlichen Bürgermeistern. Diese haben für eine effektive Verwaltung und besserer Leistungen sowie bessere Qualität des kommunalen Serviceangebots der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Und darum geht es doch wohl letztendlich.

Der SSW glaubt, dass eine Kommunalreform die Effektivität der politischen Entscheidungsprozesse und der Verwaltungsstrukturen erhöht, weil man dann wieder vor Ort die Lösungen der anstehenden Herausforderungen finden kann. Dies führt auch dazu, dass die ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen gestärkt werden. Sie werden mehr Entscheidungsmöglichkeiten und effektivere Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Verwaltungen bekommen. Auch die BürgerInnen profitieren von der transparenteren Struktur, weil sie einen besseren Einblick in die Entscheidungsprozesse der Kommunen bekommen und so leichter am demokratischen Prozess der Politik vor Ort teilnehmen können.

Liebe Freunde,

wir wissen, dass unsere Forderung nach einer Kommunalreform ein heißes Eisen ist und von unseren politischen Gegner ausgeschlachtet werden wird. Wenn man sich aber ernsthaft mit unseren Argumenten auseinandersetzt, dann werden viele Menschen und gerade auch die in den betroffenen Kommunen, uns folgen können. Uns geht es nicht um die Abschaffung der kommunalen Demokratie. Im Gegenteil, wir wollen sie stärken. Lass uns als Regierungspartei, die über eine große kommunale Basis verfügt zeigen, dass wir den Mut haben die Probleme der Landes anzusprechen und auch die Courage haben unpopuläre Lösungsvorschläge einzubringen. Der SSW kann hier Richtungsweisend sein und diese für Schleswig-Holstein wichtige Debatte anstoßen. Das ist doch gar nicht so schlecht für eine Minderheitenpartei.

Ich bitte um Unterstützung für den Vorschlag der Arbeitsgruppe. Wenn ihr als Delegierte dem Eckpunktepapier zustimmt werden wir als Arbeitsgruppe den Landesvorstand bitten, einen detaillierten Vorschlag dieses Themas für das Wahlprogramm der Landtagswahl auszuarbeiten.

Tak for ordet.